



Die Woche im Bundestag



Zukunftsthemen zuwenden

In dieser Woche ist die Große Koalition ein Jahr im Amt. Auch wenn das erste Jahr nicht einfach war, haben wir einiges für das Land und die Bürger erreicht:

Seit September 2018 gibt es das Baukindergeld, mit dem wir Familien die Eigentumsbildung erleichtern.

Wir haben das Mietrecht und die Grundgesetz-Regelung zum sozialen

Wir sorgen weiter für einen zukunftsfesten
Wirtschaftsstandort
Deutschland!

CDU/CSU
Parteien im Deutschen Bundestag

Wohnungsbau geändert, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir arbeiten weiter an einem starken Staat, indem wir tausende Stellen bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt geschaffen haben. Wir entlasten Bürger und Familien, indem die kalte Progression abgebaut und das Kindergeld erhöht wird. Auch die Parität bringt Entlastung für die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner. Wir haben zudem ein großes Rentenpaket geschnürt mit der Mütterrente II.

Im zweiten Jahr der „GroKo“ kommt es jetzt darauf an, dass wir uns stärker den Zukunftsthemen zuwenden: Wir müssen dranbleiben am Mobilfunkausbau und für schnelles Internet sorgen. Die Grundgesetzänderung zur Digitalisierung der Schulen und die damit verbundenen Finanzhilfen für die Länder müssen bei den Lehrern und Schülern auch ankommen. Wir wollen die Innovationskräfte in der Automobilindustrie und unserer Wirtschaft insgesamt stärken. Wir wollen unsere Umwelt schützen, aber mit Augenmaß und ohne staatliche Regulierungswut. Wir wollen in die Zukunft und die Infrastruktur investieren und uns unsere Spielräume nicht durch

immer höhere Sozialausgaben nehmen.

Zukunft bedeutet gerade für uns als Union auch Europa. Die EU muss stärker zu einem Verbund werden, der die wesentlichen europäischen und internationalen Probleme löst – nicht neue Umverteilungsphantasien mit immer mehr EU-Behörden entwickelt. Annegret Kramp-Karrenbauer hat dafür das Richtige gesagt. CDU und CSU werden gemeinsam im anstehenden Europa-Wahlkampf in diesem Sinne kämpfen.

TSVG sorgt für kürzere Wartezeiten

Mit dem Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung (Terminservice- und Versorgungsgesetz, TSVG) soll durch kürzere Wartezeiten, einen Ausbau der Terminservicestellen (z.B. durch 24-Stunden-Erreichbarkeit und Online-Terminvergabe)



sowie einem besseren Sprechstundenangebot in den Praxen die medizinische Versorgung für gesetzlich Versicherte deutlich verbessert werden. Im Detail sieht der Gesetzesentwurf vor, das Mindestsprechstundenangebot der Vertragsärzte für die Versorgung von GKV-Versicherten von 20 auf 25 Stunden zu erhöhen. Gleichzeitig sollen Fachärzte künftig auch offene Sprechstunden anbieten. Parallel dazu werden die Ärzte für erbrachte Mehrleistungen auch zusätzlich vergütet. Schließlich sollen durch das TSVG auch die medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessert werden, z.B. über regionale Zuschläge und die Aufhebung existierender Zulassungssperren durch die Länder.

Null Toleranz gegenüber kriminellen Clans

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und insbesondere der sogenannten Clan-

kriminalität ist eine der großen Herausforderungen, welche die Union mit dem Pakt für den Rechtsstaat angeht. Durch mehr Personal bei

Schluss mit Parallelgesellschaft - mit dem Rechtsstaat gegen kriminelle Clans!

CDU/CSU

Polizei und Justiz, eine Verschärfung des Strafrechts und effizientere Verfahren soll diese Form der Kriminalität zurückgedrängt werden. Die Strategie: Null Toleranz gegenüber kriminellen Clans.

Hohes Bedrohungspotenzial durch organisierte Kriminalität.

Das Bundeskriminalamt (BKA) geht in seinem Lagebild „Organisierte Kriminalität“ von einem unverändert hohen Bedrohungspotenzial durch organisierte Kriminalität in Deutschland aus. Allein im Jahr 2017 gab es 572 Ermittlungsverfahren (im Vorjahr 563), die meisten davon in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bayern. Für die Ermittler ist es täglich eine Herausforderung, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Denn die Großfamilien, die häufig aus der Türkei stammen - aber auch aus Polen, Albanien oder Litauen - schotten sich nach außen ab und kooperieren nicht mit den Sicherheitsbehörden.

Zu den häufigsten Delikten im Bereich der organisierten Kriminalität zählen neben Rauschgifthandel, Raubüberfälle und Wirtschaftsdelikten wie Betrug auch Schleuserkriminalität, Geldwäsche und Waffenhandel. Dabei „erwirtschaften“ kriminelle Clans Erträge in Millionenhöhe. Allein der Rauschgifthandel hat kriminellen Gruppierungen nach Angaben des BKA im Jahr 2017 über 38 Millionen Euro eingebracht.

Die Clans da treffen, wo es besonders wehtut: beim Geld!

Die Ausbreitung der organisierten Kriminalität kann nur durch maximalen Kontroll- und Verfolgsdruck wirksam bekämpft werden. Seit dem 1. Juli 2017 können Vermögenswerte unklarer Herkunft wie z.B. Immobilien, Autos oder Geldbestände leichter eingezogen werden. Durch das Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung wurden Regelungslücken geschlossen, sodass Ermittler mutmaßlich illegal erworbenes Vermögen jetzt leichter beschlagnahmen können.

Möglich macht dies die Umkehrung der Beweislast. Verdächtige müssen beweisen, dass sie ihr Vermögen legal erwirtschaftet haben – der Staat muss nicht mehr das Gegenteil beweisen. Erste Erfolge zeigen sich bereits: In einem Geldwäscheverfahren gegen eine Großfamilie und weitere Verdächtige aus deren Umfeld konnten 77 Immobilien im Gesamtwert von rund 9,3 Millionen Euro vorläufig beschlagnahmt werden.

Die Praxis hat uns bestätigt, dass unsere Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung wirkt. Damit treffen wir die Clans, wo es besonders wehtut: beim Geld! Denn Straftaten dürfen sich nicht lohnen. Durch die vereinfachte Beweisführung können sich die Täter nicht mehr länger mit unglaubwürdigen Aussagen herausreden.

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und insbesondere der sogenannten Clankriminalität gehört zu den gegenwärtig größten Herausforderungen für den Rechtsstaat.

Mit klarer Kante und langem Atem gegen Clan-Kriminalität: Verbrechen darf sich nicht lohnen!

Zu den konkreten Maßnahmen gehören neben der personellen Aufstockung bei Polizei und Staatsanwaltschaften eine Verschärfung des Strafrechts.

Der Rechtsstaat muss sicherstellen, dass das Recht gegenüber jedermann durchgesetzt wird. Die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung, ist eine der Kernaufgaben des Staates und damit unerlässlich für das Vertrauen der Menschen in den Staat.

Bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden.

Zu einer effektiven Bekämpfung von Clankriminalität in Deutschland gehören aber auch eine bessere Vernetzung von Polizei, Staatsanwaltschaft und weiteren Stellen wie z.B. Steuerbehörden aber auch Angebote für Aussteiger. Angehörigen eines Clans müssen Alternativen jenseits des kriminellen Milieus aufgezeigt werden. Das Thema Bildung ist dabei ein entscheidender Faktor.

Deutschland bleibt Top-Reiseziel

Seit Jahren zählt Deutschland zu den beliebtesten Reisezielen. Das Erfolgsrezept: der Mix aus Großstadtfair, Natur und Kultur.

Der Tourismusstandort Deutschland knackt alle Rekorde. 2018 stieg die Zahl der Gästeübernachtungen zum neunten Mal in Folge auf insgesamt 477 Millionen. Der Tourismus bleibt damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit einer Bruttowertschöpfung von 105 Milliarden Euro ist der Beitrag des Tourismus an der deutschen Volkswirtschaft höher als im Maschinenbau oder Einzelhandel. Mehr als 2,9 Millionen Beschäftigte sind direkt in der Tourismuswirtschaft tätig. Wichtigste Urlaubsunterkunft bleibt auch in Zeiten von Airbnb und Co. das Hotel. Der typische Deutschland-Tourist bleibt zwischen fünf und acht Tage im Land und gibt dabei pro Tag im Schnitt 470 Euro aus, u.a. für Unterkunft, Gastronomie oder im Einzelhandel.

Zu den beliebtesten Reisezielen für in- und ausländische

ausländische Gäste zählen immer noch die großen Metropolen wie Berlin, München oder Hamburg. Immer beliebter werden jedoch auch die



ländlichen Regionen mit ihren einzigartigen Natur- und Kulturlandschaften. Damit auch die kleineren Städte von den Zahlen profitieren können, braucht es kluge Marketingstrategien sowie digitale Angebote wie z.B. die Möglichkeit, Regionen virtuell zu erkunden. In diesem Jahr will die Bundesregierung Eckpunkte für eine nationale Tourismusstrategie

vorlegen. Diese stellt einen ganzheitlichen wirtschaftspolitischen Ansatz dar, der die Rahmenbedingungen für die in Deutschland oftmals mittelständisch geprägte Tourismusbranche weiter stärken soll. Wir wollen die Bundesförderung noch effizienter gestalten, die Belange der Branche in allen Politikbereichen noch besser berücksichtigen und mehr Bewusstsein für die große Bedeutung der Tourismuswirtschaft schaffen.

Invictus Games nach Deutschland holen

In dieser Woche haben wir unseren Antrag über die Ausrichtung der Invictus Games in Deutschland beraten. Die Invictus Games sind das Sportereignis für versehrte Soldatinnen und Soldaten und wurden 2014 erstmals in London ausgetragen. Sie gehen auf eine Initiative von Prinz Harry, Duke of Sussex, zurück. Neben den sportlichen Wettkämpfen geht es auch darum, die Lebenssituation versehrter Soldaten in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und ihnen damit eine stärkere Anerkennung teilwerden zu lassen. Bei den letzten Spielen 2018 in Sydney nahmen insgesamt 500 Soldaten aus 18 Ländern teil – 20 davon aus Deutschland. Der Antrag von CDU/CSU



und SPD schlägt eine von der Bundesregierung unterstützte Austragung der Invictus Games 2022 in Deutschland vor, um den deutschen Soldatinnen und Soldaten ein deutliches Signal der Wertschätzung entgegenbringen.

Die Woche im Parlament

Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Wir beschlossen in zweiter 2./3. Lesung ein Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Künftig sollen Fahrverbote, sofern die NOx-Grenzwerte von 50 µg/m³ Luft im Jahresmittel nicht überschritten werden, nicht erforderlich sein. Bei nur geringfügigen Überschreitungen der derzeitigen Grenzwerte von 40 µg/m³ Luft sollen andere

Maßnahmen für saubere Luft ausreichen. Gleichwohl können die zuständigen Landesbehörden weiterhin künftig im Einzelfall Fahrverbote aussprechen, wenn die Grenzwerte trotz aller angewandten Maßnahmen nicht eingehalten werden. Zudem wird geregelt, dass Fahrzeuge mit geringen Stickstoffoxidemissionen (Euro 4- und Euro 5-Fahrzeuge, die im realen Fahrbetrieb nur geringe Stickstoffoxidemissionen von weniger als 270 Milligramm pro Kilometer ausstoßen, sowie Euro 6-Fahrzeuge) von Verkehrsverboten wegen der Überschreitungen des Luftqualitätsgrenzwerts für Stickstoffdioxid ausgenommen werden. Somit wird auch die erforderliche Rechtssicherheit für Fahrzeuge mit einer geeigneten Hardware-Nachrüstung geschaffen.

Neuntes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes. Wir beschlossen in 2./3. Lesung die gesetzliche Grundlage zur Kontrolle von Diesel-Fahrverboten. Neben der manuellen Kontrolle soll auch die elektronische Kennzeichenerfassung ermöglicht werden, allerdings nur anlassbezogen und nur mit mobilen Geräten. Erfasst werden soll dabei das Kennzeichen, das Bild des Fahrzeugs, sowie der Ort und die Zeit der Teilnahme am Straßenverkehr. Ergibt die Erfassung, dass das Fahrzeug in die Verbotszone einfahren darf, werden die Daten umgehend gelöscht. Gespeichert werden somit nur Daten von Fahrzeugen, die nicht einfahrtsberechtigt sind, wobei die Speicherfrist zwei Wochen beträgt. Es dürfen nur Daten gespeichert werden, die in Verbindung mit der Kontrolle der Fahrverbote stehen. Zudem bleibt es den Kommunen überlassen, von welcher Methode der Kontrolle sie Gebrauch machen.

Erstes Gesetz zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches. Wir beschlossen in 2./3. Lesung eine Änderung, die sich aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ableitet. Eingefügt wird eine bisher fehlende Vorschrift, die regelt, wann öffentlich zugängliche Hinweise auf lebensmittelrechtliche Verstöße zu löschen sind. Die neue Regelung sieht vor, dass nur gesundheitsrelevante Verstöße veröffentlicht werden sollen. Bei Beseitigung des Mangels

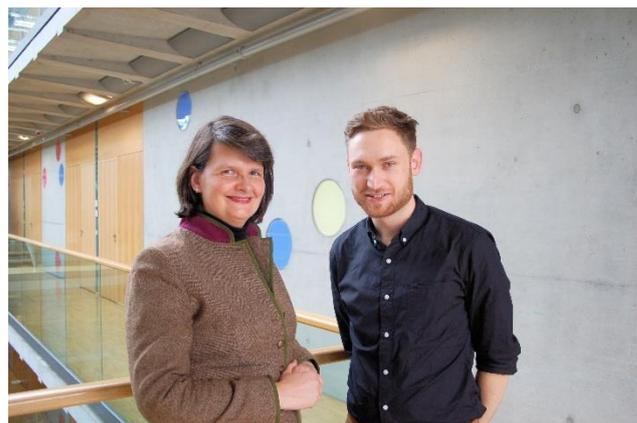
soll dies ebenfalls unverzüglich veröffentlicht werden. Weiterhin soll eine Löschung der Veröffentlichung von Verstößen nach sechs Monaten erfolgen.

Besuchergruppe der KGS Hemmingen



Am Mittwoch, den 13. März 2019, besuchten mich Schülerinnen und Schüler der der 10. Jahrgangsstufe der Carl-Friedrich-Gauß-Schule aus Hemmingen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es ist mir wichtig, mit den Schülerinnen und Schülern direkt ins Gespräch zu kommen und ihnen somit einen Blick hinter die Kulissen der Politik zu ermöglichen. So führten wir eine rege Diskussion und thematisierten aktuelle politische Fragen, insbesondere die der Umweltpolitik. Die Schülerinnen und Schüler sprachen neben der Reduktion der CO2 Emissionen und der Endlagerung von Atommüll auch die „Fridays for future“ Bewegung an.

Praktikant Maximilian Jakob



Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Hochschulgemeinden (AKH) bietet jedes Jahr für Studierende aus unterschiedlichsten Fachrichtungen ein Seminar „Hospitalität im Bundestag“ an. So hat mich in dieser Woche Maximilian Jakob, Student der Humanmedizin aus Hannover während der Sitzungswoche begleitet. Ich freue mich, ihm einen Einblick

in die Arbeit eines Politikers gegeben zu haben.

Fraktionskongress Bundeswehr

Gerne möchte ich Sie auf den Kongress der CDU/CSU Bundestagsfraktion zum Thema "Unsere Bundeswehr stärken, unsere Soldaten unterstützen – Eine Aufgabe für uns alle" am 10. April 2019 aufmerksam machen und Sie herzlich einladen. Ich freue mich über einen kurzen Hinweis an mein Büro, wenn Sie teilnehmen sollten. Alle Informationen zur Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Aus dem Bundesministerium (BMZ)

Besuch in Rom

Am 8. März habe ich auf Einladung von Kardinal Turkson an der Konferenz "Religions and the Sustainable Development Goals" im Vatikan teilgenommen und habe in Bezugnahme auf die Enzyklika "Laudato si" auch auf die Bedeutung von Frauen für nachhaltige Entwicklung und Frieden hingewiesen. Im Anschluss empfing Papst Franziskus die Teilnehmer der Konferenz. Er rief er dazu auf, auch in der Wirtschaft den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.



Joining Forces to Leave No One Behind – Armut beenden und Ungleichheit reduzieren bis 2030

Am 14. März veranstaltete das BMZ gemeinsam mit der OECD die Dialogveranstaltung „Joining Forces to Leave No One Behind – Armut beenden und Ungleichheit reduzieren bis 2030“, auf der die neuen Vorsitzenden des OECD-DAC, Susanna Moorehead die zentralen Ergebnisse des OECD-

Entwicklungsberichts 2018 vorstellte. Der Bericht widmete sich der Umsetzung des Prinzips „Leave no one behind“ (Niemanden zurück lassen) der Agenda 2030, besonders die ärmsten und am stärksten benachteiligten Menschen in den Blick zu nehmen.

Daten und Fakten

Handwerk meldet Umsatzplus im Jahr 2018.

2018 stiegen die im Rahmen der Umsatzsteuervoranmeldung gemeldeten Umsätze im zulassungspflichtigen Handwerk gegenüber 2017 um 4,9%. Dies teilt das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Ergebnisse anlässlich der Internationalen

Handwerksmesse mit, die vom 13. bis 17. März 2019 in München stattfindet. Die Zahl der im zulassungspflichtigen Handwerk Beschäftigten stieg im Jahresdurchschnitt 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5%. Die größte Umsatzsteigerung gab es im Bauhauptgewerbe (+10,7%). Am geringsten stieg der Umsatz in den Handwerken für den privaten Bedarf (+0,9 %), zu denen beispielsweise Friseure und Steinmetze gehören. Im Lebensmittelgewerbe, das durch Bäcker und Fleischer geprägt ist, stagnierten die Umsätze. (Quelle: Statistisches Bundesamt)



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info